

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 29 (2022)
Heft: 321

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was lässt sich seit dem 24. Februar über Russland schreiben – und wie? Was ist noch sagbar? Und was kann man tun, um mit Russland in Beziehung zu bleiben? Die Flaschenpost aus St.Petersburg. Von Maren Schreier

Zwang und Opposition in Dietfurt: Wie die Gewerkschaften die Situation der Toggenburger Zwangsarbeiter:innen ignorierten. Und was das mit dem Streik 1931 zu tun hat. Von Roman Hertler

ЧТО ЖЕ ДЕЛАТЬ?

WAS TUN?



Was lässt sich seit dem 24. Februar über Russland schreiben – und wie? Was ist sagbar, auf welche Weise und an welchem Ort? Welche Beobachtungen, Eindrücke und Erfahrungen «von dort» finden «hierzulande» Gehör, welche erzeugen Resonanz? Welche Aussagen können, einmal ausgesprochen, unberührt stehen bleiben, ohne definitionsmächtig eingeehgt, tabuisiert oder gar riskant zu werden?

Allein die Tatsache, dass ich mir Fragen wie diese stelle, hier – in der liberalen Schweiz –, löst Beklemmung in mir aus. Der 24. Februar 2022 stellt eine Zäsur dar, die das Leben vieler Menschen in «vorher» und «seither» zerschnitten hat. Vieles wird seither in unterschiedlicher Intensität und mit nicht vorhersagbaren Folgen erschüttert. In der Ukraine, hierzulande, jenseits des europäischen Subkontinents und natürlich auch in der Russländischen Föderation.

Erschüttert wurde auch meine Unbefangenheit. Jene Unbefangenheit beispielsweise, mit welcher ich – bislang – Eindrücke geteilt habe, von Begegnungen mit in Russland lebenden Menschen und mit «dortigen» Lebenswirklichkeiten. Mit allen, die dafür offen und daran interessiert waren. «Damals», Mitte Februar, gerade zurückgekehrt aus St. Petersburg, hätte ich diese «Flaschenpost» ganz anders geschrieben. Seither taste ich mich neu und mit Unbehagen an Möglichkeiten und Grenzen des Sagbaren heran.

Nicht, dass das Sprechen über Eindrücke von meinen Reisen nach Russland und den Begegnungen mit dort lebenden Menschen vor dieser Zeiten-Zäsur unbeschwert gewesen wäre. Die gegenwärtig grassierende Russophobie hat, so bitter es sich anfühlt, dies zu schreiben, Tradition. Sie ist tief verwurzelt. Die Liste an Vorurteilen, Abwehr und Abwertungen gegenüber Land und Leuten habe ich im deutschsprachigen Raum als ebenso massiv erlebt, wie das weitverbreitete Nichtwissen vieler Menschen: «Ist Russland ein Land?», «Gibt es dort Internet?», «Gehen die Kinder auf dem Land auch zur Schule?», «Da wird man doch vom KGB bespitzelt, als Ausländer:in, ist dir da nicht unheimlich?» Sie muten skurril an, diese Fragen, und sind doch O-Töne. Geäußert in selbsternannt aufgeklärten Kreisen. Wohl gemerkt 30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion.

Gegenwärtig dominieren in vielen Medien und Gesprächen Bilder einer zweigeteilten Gesellschaft in Russland: jene, die «für Putin» sind, und die meist als verblendet, manipuliert, nicht eigenständig denkend dargestellt werden (imaginiert als «die Bösen») – und jene, die «gegen Putin» sind, in der Regel als aufgeklärt-weltoffen-demokratisch und Frieden liebend gezeichnet (imaginiert als «die Guten»). Dieser Zuschreibung, welche die Vielfalt von Sichtweisen und Einstellungen brachial verkürzt, folgen dann zum Beispiel die derzeit hierzulande (!) um sich grei-

fenden «Berufs- und Auftrittsverbote»; ausgesprochen gegenüber Menschen mit russischen Wurzeln, denen das sprichwörtliche Messer auf die Brust gesetzt wird; die aufgefordert werden, sich entweder politisch «korrekt» zu positionieren oder Ausschließung in Kauf zu nehmen. Woher diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wozu diese Gewalt, womit rechtfertigt sich die damit einhergehende Selbstgerechtigkeit?

Ich erinnere mich an eine Zugfahrt, vor einem Jahr, St.Gallen–Zürich Flughafen. Ich hatte die Frage eines Mitfahrenden nach dem Ziel meines Fluges mit «Moskau» beantwortet – und wurde angefeindet und angebrüllt: «Wie kann man denn nach Russland reisen? So werden Diktaturen unterstützt!» Blick, Tonfall und Körperhaltung meines Sitznachbarn sprachen Bände. Nicht zum ersten Mal blieb mir damals kurz die Luft weg ob der Schärfe und Härte dieser Reaktion. Die Suche nach einer adäquaten Antwort habe ich damals mit «Bleib ruhig! Bleib in Kontakt!» entschieden.

Das Gespräch verlief ganz okay. Wir konnten herausarbeiten, dass die «Gut/Böse – Freund/Feind»-Binarität zwar schnell zur Hand ist, auch weil sie oft plausibel erscheint; und auch weil sie denen, die sich auf der Seite der «Guten» platzieren, einen felsenfesten Stand suggeriert und das vermeintlich «richtigere» Handeln adelt. Annähernd übereinstimmend haben wir jedoch auch festgestellt,

IN BEZIEHUNG BLEIBEN MIT RUSSLAND!



dass Pauschalisierungen in schwarz-weißen Tönen durchaus gewaltvolle Effekte haben können: Indem versucht wird, die Welt oder Menschen mittels binärer Gegensätze zu begreifen («wir, die Guten, die Aufgeklärten etc.» und «die Anderen, die Bösen, die Irgendwie-Verblendeten»), wird die Vielfalt von Erfahrungen und Sichtweisen gewaltförmig unterdrückt. «Das Böse» ist Illusion und Entlastung zugleich, die Abgrenzung davon fördert die eigene Aufwertung.

Aber: Verantwortung auslagern? Nicht hinschauen, nicht hinhören müssen? Menschen ausgrenzen und verletzen? Findet Gewalt so ihr Ende? Kann Frieden auf diese Weise auf den Weg gebracht werden? Wie kann es möglich werden, davon abzulassen, unterschiedliche Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen in ein hierarchisches Verhältnis zu stellen? Wie können wir offener werden für die Polyphonie von Seins- und Sichtweisen, Lebensbewältigungsstrategien und Utopien?

Und doch, natürlich, ich habe viele wunderbare, intensive Gespräche erlebt! Es war damals... noch... möglich, vielfältige, widersprüchliche, immer aber wertschätzende Eindrücke spürbar werden zu lassen. Ohne Unbehagen. Ohne das Gefühl, in eine Schublade gesteckt zu werden mit der Aufschrift «Verdacht: gegen die westliche Werteordnung verstossend. Unangemessen!». Vielleicht aber ist Letzteres gar nicht so, vielleicht bin ich emotional zu sehr verstrickt in die Gescheh-

nisse, vielleicht betreibe ich hier gerade selbst das, was ich schreibend problematisiere, vielleicht verallgemeinere ich, holzschnittartig und unangemessen...?

Geteilt werden konnte «damals» die Faszination angesichts der unermesslichen Weite und Fülle dieses riesengrossen Landes, das Staunen über die Vielfalt an Ethnien, Sprachen, Lebensstilen und Lebensweisen, das Neben- und Miteinander von Traditionen, Konventionen und politischen Einstellungen; spürbar werden konnte der Respekt vor der Kreativität und dem Kollektivbewusstsein vieler Menschen, vor ihrer Lebenserfahrung und Klugheit, die Wertschätzung ihrer Unvoreingenommenheit, Nachsicht und ihrer unendlichen Geduld. Auch vor dem Pragmatismus der Menschen im Umgang mit brachial das Leben zerschneidenden Kriegen und Krisen, mit Verhältnissen und Bedingungen, die stets herausfordernd, niemals widerspruchsfrei und schon gar nicht ungebrochen leicht waren.

«Das erste, was du schreiben musst, ist, dass sehr viele Menschen in Russland bereits so viel Leid, Unterdrückung, mehrere Kriege erlebt haben. Niemand, wirklich niemand will, dass Menschen sterben. Wir empfinden Entsetzen angesichts dessen, was Menschen erleiden müssen.»

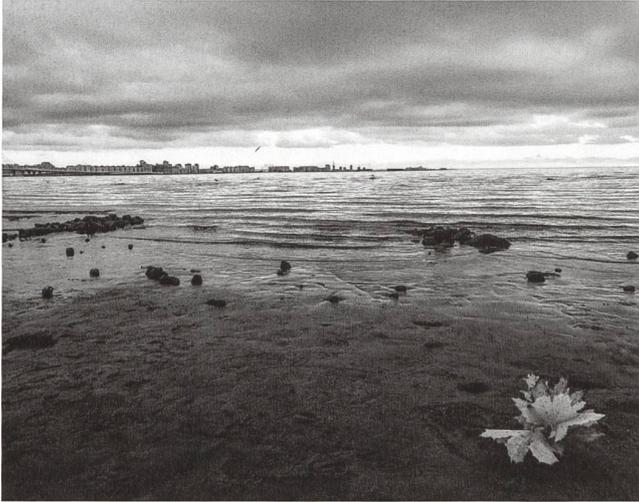
Das gab mir eine St.Petersburger Freundin vor einigen Tagen mit auf den Weg. Ich habe sie angerufen, im Ringen darum, was ich

nun noch schreiben kann oder schreiben sollte. Auch in diesem Telefonat prallten Welten aufeinander, wie so oft in Begegnungen zwischen mir, «der Freundin aus dem Westen» (kapitalistisch-demokratisch sozialisiert) und meinen Freund:innen und Bekannten «von dort». (Viele sind sozialistisch-kommunistisch sozialisiert, und auch wenn jüngeren Jahrgangs, begründet skeptisch gegenüber den sogenannten westlichen Verheissungen).

By the way – ich ahne, dass ich mich mit der folgenden Aussage dem Grenzbereich dessen annähere, was derzeit als angemessen gilt, aber: Es ist bei Weitem nicht so, dass alle in Russland lebenden Menschen sich danach sehnen, so zu leben, wie «wir im Westen»; sie rufen keineswegs nach «Befreiung». Viele meiner Bekannten und Freund:innen haben einen durch Erfahrung und Skepsis geschärften Blick für die Scheinwelt des Kapitalismus, sie haben ein Gespür für dessen Verwerfungen, Kehrseiten und auch für die Widersprüche der neoliberal-demokratischen Gesellschaftsformation (sie nennen das, übersetzt, «Doppel-moral», двойные стандарты).

Warum sie das so sehen? Suchen Sie das Gespräch und den Austausch, auch und gerade dann, wenn Sie nicht der gleichen Meinung sind wie Ihr Gegenüber, finden Sie Berührungspunkte! Das Aufeinanderprallen widersprüchlicher Ansichten kann aufwühlend sein, es wird Risse geben in vermeintlich festen Fundamenten, auf allen Seiten, und es

ЧТО ЖЕ ДЕЛАТЬ?



Eindrücke aus St.Petersburg. (Bilder: Maren Schreier)



ist unendlich anstrengend. Aber zugleich öffnen sich genau dann, und vielleicht überhaupt erst dadurch, alternative Sicht- und Umgangsweisen und noch unvertraute Handlungsmöglichkeiten. Ein gemeinsames Drittes kann entstehen, und eben dies könnte Abschottungen, Abgrenzungen und Abwertungen verhindern. Und Wege zu einem gleichwertigen Mit- und Nebeneinander eher ebnen als eine Politik der Vergeltung...

Die keineswegs Frieden fördernden Sanktionen, dieses von Vielen hierzulande sogenannte «schärfste Schwert» der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft, hat mit Wucht getroffen. Nur: wen genau? Mit welcher Intention? Auch wenn in «unseren» Medien kaum und schon gar nicht differenziert darüber aufgeklärt wird: Dieser «Gegenschlag» trifft, und das war vorhersehbar, mit aller Härte insbesondere jene Menschen (in allen betroffenen Ländern), die ohnehin bereits in Prekarität leben oder für die der grenzüberschreitende, Horizont erweiternde Austausch mit Menschen aus einem anderen Land ein bereichernder, manchmal existenzsichernder Teil ihres Lebens war. Inwiefern kann eine solche «Auge-um-Auge»-Praxis Frieden, Verständigung und Miteinander fördern?

Gedanken einer russischen Freundin: «Wir, die gewöhnlichen Russ:innen [обычные русские люди], sehen die Bilder russophober Handlungen in den Medien, hören von Erfahrungen unserer im Ausland lebenden Fami-

lien, Freund:innen und Bekannten, bekommen selbst täglich hasserfüllte Mails und Chatnachrichten, und wir fragen uns gerade: Warum bricht sie sich so plötzlich und mit aller Macht Bahn, diese Russophobie in euren Ländern? Was ist da los bei euch? Fragt ihr euch das nicht auch? Wir sind ihrer so müde ...»

Geht es nicht auch anders? Auch und gerade jetzt? Welche Erzählungen, Sichtweisen und Möglichkeiten des Thematisierens und in-Kontakt-Gehens gibt es noch?

Что же делать? Fragend voranschreiten...? Vielleicht so: Welche nicht negativ besetzten Bilder und Assoziationen, welche nicht wertenden oder gar abwertenden Geschichten und Erzählungen können Sie über Russland oder über die Sowjetunion oder über das vorrevolutionäre Russland erzählen? Welche anerkennenden, wertschätzenden, freundschaftlich-liebvollen Aussagen können Sie über das Leben und die dort lebenden Menschen treffen? Fällt Ihnen etwas ein? Dann teilen Sie es! Wann, wenn nicht jetzt?

Oder scheinen Ihnen diese Fragen unangemessen, fehlt Ihnen Wissen, drängt stets das Negative in den Vordergrund? Das wäre nachvollziehbar, denn erstens haben viele Menschen keine persönlichen Berührungspunkte mit Land und Leuten; zweitens dominieren negative Zuschreibungen, abwertende Erzählungen, Feindbilder. Und drittens sind «wir hier» es gewohnt, Wirklichkeiten in Schwarz-weiß-Schemata zu pressen. Binari-

täten und Stereotype entlasten, sie reduzieren Komplexität.

Wie dem etwas entgegensetzen? Vielleicht so: Beziehungen erweitern, Erfahrungen vervielfältigen! Es gibt sie, immer, zumindest im Privaten: die Wege, im Miteinander zu bleiben. Auch dann, wenn Meinungen diametral gegeneinanderstehen. Dafür braucht es vielleicht nicht so viel mehr als das Loslassen der Idee, es müsse immer einen unverrückbaren Standpunkt, eine eindeutige Antwort, eine klare Positionierung innerhalb binärer Schemata geben.

Maren Schreier, 1975, reist seit einigen Jahren immer wieder nach Russland, ihrer Leidenschaft für die russische Sprache und ihrer Neugierde auf Land & Leute folgend. Meist nach St.Petersburg, aber auch mit der transsibirischen Eisenbahn quer durchs Land. Sie beschäftigt sich mit Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders, unter anderem als Fachhochschuldozentin.

ZWANG UND OPPOSITION IN DIETFURT

Der Waffenhändler Emil G. Bührle beschäftigte in seiner Fabrik im Toggenburg Zwangsarbeiterinnen. Das System hatte er allerdings von den Vorbesitzern übernommen. Gewerkschaftsakten belegen andauernde Arbeitskonflikte, die schon vor der Bührle-Ära im Streik gipfelten. Von Roman Hertler

Als der «Beobachter» die Geschichte vor einem Jahr publik machte, war der Aufschrei gross: Der Waffenfabrikant und Nazifreund Emil G. Bührle hat in seiner Textilfabrik im Toggenburg Zwangsarbeiterinnen beschäftigt – viele davon minderjährig. Eine Augenzeugin berichtete im «Beobachter» über die Zustände in den 1950er-Jahren. Das passt gut ins weithin kultivierte Bild des raffgerigen Fabrikanten, der sich scheinbar ohne jeglichen moralischen Kompass allein dem Profit verschrieben hatte.

Mit millionenschweren Verkäufen seiner Oerlikon-Kanonen an die Wehrmacht befeuerte Bührle den Zweiten Weltkrieg. 1941 knöpfte er über einen Strohmann der jüdischen Unternehmerfamilie Wolf, die vor dem Nazi-Regime geflohen war, unter anderem die Spinnerei und Weberei Dietfurt AG mit Standorten in Dietfurt, Bütschwil und St. Georgen zu einem Spottpreis ab (vgl. Februar Ausgabe von Saiten, S. 21/22).

Die skandalösen Arbeitsbedingungen in Dietfurt allein dem umstrittenen Waffenhändler anzulasten, greift aber zu kurz. Die Arbeiter:innenschaft der Spinnerei und Weberei Dietfurt hatte sich schon zwei Dekaden vor Bührles Übernahme gewerkschaftlich organisiert und gegen die Arbeitsbedingungen im Wolf-Konzern opponiert. Und das Jugendheim, das der Fabrik angeschlossen war und von Ingenbohrer Ordensschwestern als «Fabrikloster» geführt wurde, wurde bereits anfangs der 1860-Jahre durch das Unternehmen installiert.

Über die Frühphase dieses Heims ist bisher nicht sehr viel bekannt. Ageng Winata hat in ihrer Lizarbeit *Arbeiterinnenheime im Kanton St. Gallen* an der Uni Zürich ein paar Angaben dazu gemacht. So wurde das Marienheim in Dietfurt vermutlich 1864 gegründet und war damit im Kanton die erste Arbeitererziehungsanstalt, die direkt einem Industriebetrieb angeschlossen war. Zweitälteste Institution dieser Art war das Heim in Ziegelbrücke, das aber nach dem Weberei-Brand nach Schwyz übersiedelte. 1869 kam das Mädchenasyl Sitterthal-Bruggen dazu, das zur Flachsspinnerei im Sittertobel gehörte. Bereits seit 1857 bestand auch im Ausserrhodischen Trogen die Zellweger'sche Web- und Erziehungsanstalt. Schweizweit gab es um 1910 mindestens 57 Arbeiterinnenheime, die meisten davon wurden ab 1890 gegründet, als die Industrie nach billigen Arbeitskräften lechzte. Allein für den Kanton St. Gallen listet Winata 24 solcher Anstalten auf, die mehrheitlich in direktem Zusammenhang mit der Textilindustrie standen.

Seegrasmatratten und Milch im Überfluss

In Dietfurt waren im ausgehenden 19. Jahrhundert gemäss einer zeitgenössischen Erhebung rund 85 katholische, meist arme und «von ihren Eltern verwehrte» Knaben und Mädchen aus St. Gallen und den umliegenden Kantonen untergebracht. Schon damals bildeten die Mädchen die überwiegende Mehrheit. Ab 1900 rekrutierten St. Galler Textilfabriken aufgrund mangelnder billiger Arbeitskräfte immer mehr ausserkantonale und ausländische Arbeiterinnen. Das galt auch für Dietfurt: Im 20. Jahrhundert waren im Marienheim keine Knaben mehr untergebracht, sondern ausschliesslich Mädchen und junge Frauen aus umliegenden Kantonen oder aus Italien.

Ihr Alter beim Eintritt betrug zwischen 13 und 18 Jahren und ihr Vertrag dauerte für gewöhnlich zweieinhalb Jahre. Zumindest auf dem Papier scheint das Recht bestanden zu haben, dass der Aufent-

halt «vom Kinde auf vier Wochen gekündet werden» konnte. Ob und nach welchem Recht die einweisenden Behörden dort Kinder zurückhielten, ist nicht bekannt. Zumindest gab das Marienheim in der Umfrage von 1878 dazu keine Auskunft.

Die Jugendlichen arbeiteten zur Zeit der Untersuchung zwölf Stunden am Tag in der Baumwollspinnerei. Tagwacht war um 5:15 Uhr. Bis zum 15. Altersjahr erhielten sie nach dem Abendessen eine Stunde Ergänzungsunterricht, ansonsten keine weitere schulische oder berufliche Ausbildung. Über Spiel, Erholung und «Freudenanlässe» hat das Heim in erwähnter Erhebung – im Gegensatz zu den anderen befragten Anstalten – keine Angaben gemacht. Nur am Sonntag bildeten die Ordensschwestern vor und nach dem Besuch der Messe «Lecture, Spiel, Gesang etc.».

Zu essen gab es Maisgriess, Kartoffeln, Fleisch, Gerste und «Milch im Überfluss». Detaillierte Mengenangaben wurden nicht ge-

Weit weg von der Kantonshauptstadt und dem Zugriff der Fürsorgebehörden bestimmten der Fabrikherr und die Schwester Vorsteherin über das Schicksal der Heimkinder.

macht. Die Kinder schliefen auf harten Seegras-Matratten. Besuche bei Verwandten waren ihnen theoretisch ein- bis zweimal jährlich gestattet. Die Anstalt beschrieb die Beziehung ihrer «Zöglinge» zu deren Eltern als «je nach der sittlichen Beschaffenheit der Eltern fördernd oder störend». Die meisten hätten «viel Anhänglichkeit an die Anstalt» gezeigt, wurde versichert.

Die Ingenbohrer Schwestern folgten den Heimgrundsätzen, den «fremden hier arbeitenden Kindern ein rechtes Vaterhaus» zu sein, ihnen ihr «Auskommen zu erleichtern und durch weise Sparsamkeit die Anschaffung anständiger Kleidung und etwelche Ersparnisse zu ermöglichen». Eine Aufsichtsbehörde gab es nicht. Die Firma hatte die volle Kontrolle über das Heim. Gemäss Reglement von 1864 wurde das Kostgeld nach dem Verdienst der Kinder graduiert berechnet: 50 Rappen bei weniger als 1 Franken Tageseinkommen, 55 Rappen bei 1 Franken, 60 Rappen bei über 1 Franken, 70 Rappen bei über 1.50 Franken. Den nichtschulpflichtigen Kindern unter 15 Jahren wurde ein Nachlass von 5 Rappen gewährt. Im Kostgeld inbegriffen seien Logis, Wäsche, Licht und Kleiderflicken gewesen. Die Überschüsse sollten in der Sparkasse angelegt werden.

Ausbeuterische «Armenerziehung»

Die Realitäten sahen wohl anders aus, wie die Berichte der Augenzeugin aus den 1950er-Jahren im «Beobachter» nahelegen. Es gibt wenig Grund zur Annahme, dass es in den Jahrzehnten davor besser war. Weit weg von der Kantonshauptstadt und dem Zugriff der Fürsorgebehörden bestimmten der Fabrikherr und die Schwester Vorsteherin über das Schicksal der Heimkinder. Gerade auch, was die Finanzen betraf. Es gelang den Internierten wohl in den allerwenigsten Fällen, so etwas wie eine Ersparnis aufzubauen. Das Zurückhalten

Recht dazu, insofern sie die Kinder ihnen zuführen will. Das Gesetz steht auf ihrer Seite, die Sorgfalt der Aerzte ebenfalls, und nur der Fabrikherr, der ohne die Mithilfe der Kinderhände auch viele erwachsene Arbeiter heimschicken müsste, ja diese Arbeiter selber, sehen sauer drein, und die armen Eltern, die ihre Stücklein Brotes den Kindern nun sehr schmal abschneiden müssen, noch viel saurer. Und wir selber, jeden Missbrauch, jede übermäßige Ausbeutung der Kraft und Zeit auf's Schärfste verdammend, können doch nie glauben, dass eine nach Zeit und Kraftaufwand mässige Arbeit bei gehöriger Nahrung, Kleidung und humaner Disziplin in einer sanitarisch zweckmässig eingerichteten Fabrike schädlicher sei, als halbe Sättigung, zeretzte Kleidung und zweckloses Herumtreiben und Sitzen neben der Schule. — Die Gewöhnung an Zeit, Ordnung, Reinlichkeit und präzises Aufmerken, wie's bei der Fabrikarbeit erheischt wird, ist auch eine Schule, und für's tägliche Leben noch nicht die werthloseste. Nur Hartherzigkeit, Ueberanstrengung (über 9—11 Stunden regelmässig für Kinder von 14—16 Jahren) und anderer Missbrauch seien verpönt!

Warum Streik im Loggenburg?

Wenn man von Dietfurt nach Lichtensteig geht, so liegt gleich nach Dietfurt linker Hand auf einem kleinen Hügel eine hübsche Villa. Sie ist der Sitz eines Grafen, der da als Vogt über die Landschaft eingeleitet ist. Eingeleitet von mächtigen Herren, dem **W o l f f k o n g e n** der Textilbranche, einer internationalen Unternehmung, die nicht nur in Dietfurt Wohnung hat, sondern auch in Zürich, in Wien, in Bielefeld und im Ausland. Seine Spinnerei und zwei Webereien sind dem Grafen unterstellt und damit fast die ganze Industriearbeiterschaft der Landschaft von Dietfurt, Büttshaus und weit herum.

Heute gäht im Loggenburg. Der Graf hat seine Tyrannie zu weit getrieben und der sonst friedliebenden Bevölkerung hat sich ein Unwille bemächtigt. Seit letzten Montag stehen die beiden Webereien still, die sonst so lebendigen Webstühle stehen still; die Fabriken, die Hochbetrieb haben und schlanken Absatz für die Waren, stehen still und die Autos, welche die Ballen wegführen, leeren die Lager.

Der Graf aber, bekannt durch seine Autofahrten auf wechelse Frauen und sogar auf Kavalleristen, bewegt sich strahlenden Gesichts durch die Ortschaften. Mit den Streikposten, die er nie eines Blickes gewürdigt hat, solange sie arbeiteten in den Fabriken, wechselt er freundliche Worte und tut nicht bergleichen.

Der Streik ist auf der ganzen Linie durchgeführt. Keine Gewerkschaft, die nicht teilnähme. In den Dörfern zwar merkt man nichts Außergewöhnliches. Alle zwei Tage versammeln sich die Streikenden zu Streikversammlungen, am Morgen heben sie sich zu den Bezirksversammlungen der Gewerkschaften, um die Karte stempeln zu lassen.

Am Abend gäht in den Köpfen! Und voll Mitternacht haben die Arbeiter beschlossen, keinen Schritt zu tun hinter dem folgen Grafen her.

Warum? — Nun, es ist eine bekannte Tatsache, daß in der Spinnerei Dietfurt Hungerlöhne bezahlt werden. Es arbeiten Männer dort in der Vollkraft ihrer Jahre (20 bis 30 Jahre alt), die Stundenlöhne von 50 Cts. verdienen! Wenn einer nebenbei noch Pflanzland hat und mehrere Glieber der Familie verdienen, so läßt sich durchhalten. Und die geduldeten Loggenburger Textilier haben durchgehalten. Sie haben den ersten scharfen Lohnabbau auf Weihnacht 1929 über sich ergehen lassen. Er betrug 20 Prozent. Sie haben es ertragen, daß den Webern die Stuhlzahl im Jahre 1930 fünfzestufig vermehrt worden ist. Sie haben sich weitere Lohnablässe im Jahre 1930 gefallen lassen, Lohnablässe von 8—10 Prozent für einzelne Arbeiterkategorien. Es kam so weit, daß sie überhaupt nie wußten, was sie verdienen und erhalten würden und eine furchtbare Unsicherheit hat sich ihrer bemächtigt im Laufe des letzten Jahres.

6 Kinder hans in Dietfurt (St. Gallen) Ind. A.

a. Die Anstalt strebt durch weise und liebevolle religiös-sittliche Leitung und gute leibliche Pflege den fremden hier arbeitenden Kindern ein rechtes Vaterhaus zu sein; b. ihnen ihr Auskommen zu erleichtern und durch weise Sparsamkeit die Anschaffung anständiger Kleidung und etwelche Ersparnisse zu ermöglichen.

Indem der Zeiger indessen auf 11¹⁰h vorgezückt war, mußte der Präsident die Versammlung schließen unter bester Verdankung des ^{zahlreichen} Bescheinigen's & Wunsch, unsern heutigen Referenten bald wieder zu begrüßen. Es wurden noch der Frau Keratti die besten Besserungs-Wünsche für unsern Einziger in Auftrag gegeben der wegen eines Unglücklichen Fehlgriffes statt einen Erfriehungs-Thank zu sich zu nehmen salzsaure trank. Mit dem Eingefunden einen schönen Abend unter Leinesgleithen vor — bracht zu haben verabschiedete man sich freundlichst und zog wohlgenut Heimwärts.

Der Aktuar
Karl Jung.

Ausflug

An die gesamte Arbeiterschaft der Spinnerei und Weberei Dietfurt A.-G.

In den letzten Tagen und heute sind 2 Flugblätter an die Arbeiterschaft der Spinnerei und Weberei Dietfurt A.-G. in Umlauf gebracht worden.

Da es sich bei diesen Schriften um **kommunistische Propaganda** handelt, welche unsere in den Streik getretene Arbeiterschaft durch scheinbar schöne, verlockende Versprechungen zu gewinnen sucht, so müssen wir diese uns angebotene Unterstützung **reflexlos und energisch zurückweisen**. Wir wollen keine derartige Hilfe der Soviets annehmen und haben diese auch nicht notwendig! Für die „Rote Internationale“ haben wir kein Gehör; wir kennen zur Genüge ihre schlimmen, verderbenbringenden, den Arbeiterstand ruinierenden Absichten.

Unser solidarischer Zusammenschluß allein wird uns zum richtigen Ziele führen.

Im Auftrag des: Schweizerischen christlich-sozialen Textil- und Bekleidungsarbeiterverbandes
Schweizerischen Textilverbandes und
Evang. Angestellten- und Arbeiterverbandes

Das Streikkomitee.

Am 19. Juni unternahm die Sektion den geplanten Ausflug nach Gärtli Büchl b. Kesslau. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl der Sekt. war die Beteiligung eher schwach zu nennen, es waren ungefähr 50 Teilnehmer zu verzeichnen. Dennoch war der Betrieb ein lebhafter und gemütlicher. Wir wollten hoffen dass sich das nächstemal mehr Mitglieder einfänden werden; besonders unerwartete Vizepräsident Kaspar Schneider wurde sehr vermisst, da man weiss dass er im Stande ist eine Gesellschaft mit seinen komischen Witzen und Einfällen stets zu unterhalten. Auf dem Heimweg wurde man dann noch von aussen begossen was aber der Gemütlichkeit keinen Abbruch tat. In Lichtensteig angekommen begab man sich noch in den Frohsinn wo hauptsächlich das Tanzbein geschwungen wurde bis uns die Polizeistunde zwang auseinander zu gehen. Wir wollten hoffen dass dieser Ausflug allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben werde.

Der Aktuar:
Ferd. Cisele.

Auszüge aus der Heim-Befragung von 1878, aus den Gewerkschaftsprotokollen, aus der «St.Galler Volksstimme» und ein Flugblatt des Streikkomitees.

der Gelder war eine von vielen Disziplinarmaßnahmen, um ihnen die vorgehaltene Liederlichkeit und Widerspenstigkeit auszutreiben. Die Kinder und Jugendlichen waren finanziell und überhaupt der Willkür der Leitung ausgeliefert.

Für die Fabrikherren war das natürlich ein gutes Geschäft. Der Heimbetrieb war günstig, weil sich die Insass:innen mit ihrer Arbeitskraft daran beteiligten. Die 85 selten voll ausbezahlten Tageslöhne waren ein Klacks gegenüber dem, was die Fabrik ihren regulären Arbeiter:innen entrichtete. Aber auch jene Löhne lagen in der Regel weit unter dem regionalen Branchen-Durchschnitt. Angebliche Wohltätigkeit und «Armenerziehung» legitimierte die Ausbeutung der Heimkinder.

1878, als die Heim-Umfrage publiziert wurde, trat auch das politisch hart umkämpfte eidgenössische Fabrikgesetz in Kraft. Es bedeutete den ersten Eingriff der öffentlichen Hand in die innere Ordnung der Fabrik, die bislang exklusiv zum Privatbereich der Unternehmer zählte. Es setzte den Normalarbeitstag auf elf Stunden und die Samstagarbeit auf zehn Stunden fest, regelte die Haftpflicht der Unternehmer und schützte besonders die Interessen der arbeitenden Frauen und Kinder. Zumindest in der Theorie. Der allgemeine Wandel in der Unternehmenskultur dauerte in der Schweiz noch Jahrzehnte.

Inwiefern sich das Fabrikgesetz auf die Situation der internierten Kinder und Jugendlichen in Dietfurt auswirkte, ist schwierig abzuschätzen. Dass die Fabrik in der Untersuchung keine öffentlichen Beiträge zur Deckung der Heimkosten auswies, lässt vermuten, dass auch die behördliche Kontrolle über das Heim und die Arbeit seiner Bewohner:innen im besten Fall marginal ausfiel. Entsprechend dürfte sich die volle Verfügungsgewalt der Fabrikdirektoren noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein erstreckt haben, möglicherweise bis zur Schliessung des Marienheims 1968.

Unter der Knute des Wolf-Konzerns

Für solche Vermutungen sprechen auch Protokolle der Sektion Lichtensteig-Dietfurt des Textilarbeiterverbands im Sozialarchiv in Zürich aus den Jahren 1919 bis 1948, die zwar mehr oder weniger ausführlich über Lohnbewegungen, Ferienforderungen und den Streik von 1931 berichten, das der Fabrik zugehörige Marienheim aber unerwähnt lassen. Auch im ersten Gesamtarbeitsvertrag, der für die Spinnerei Dietfurt 1948 – damals bereits in Bührlé-Besitz – ausgehandelt wurde, blieben die Heiminsassinnen stillschweigend ausgeklammert. Faktisch gehörten sie damit zum Fabrikinventar und verfügten über keinerlei Arbeitsrechte.

Vor allem in den 1920er- und 30er-Jahren war es in Dietfurt zu Arbeitskämpfen gekommen. Insgesamt sieben Mal mussten die St.Galler Kantonsbehörden in dieser Phase einschreiten. Zweimal

Man könne der Belegschaft nicht entgegenkommen, sogar wenn man wollte, liess die Fabrikleitung im Namen des Wolf-Konzerns verlauten.

zwang der Regierungsrat persönlich die Fabrikleitung an den Verhandlungstisch, und sogar der Bischof intervenierte während der Konflikte 1931 im Sinne der Streikenden.

Gegründet wurde die Toggenburger Textilarbeiter-Sektion 1919 in Lichtensteig von Arbeiter:innen der dortigen Feinweberei und der Schiffstickerei der Gebrüder Leemann. In der Regel war mindestens eine Frau, meistens aber mehrere, im Vorstand vertreten. Spätestens 1923 hatten sich auch knapp drei Dutzend Spinnerei- und Webearbeiter:innen aus Dietfurt und Bütschwil der Sektion ange-

schlossen. Das Gros ihrer Arbeiter:innenschaft war hingegen in der christlich-sozialen Gewerkschaft organisiert, von der bisher allerdings kein Archivmaterial aufgetaucht ist.

An der ersten gewerkschafts-übergreifenden Betriebsversammlung vom 29. August 1923 fanden sich etwa 250 Personen im «Schäfli» in Bütschwil ein. Gefordert wurde eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, die Abschaffung der Schichtenzeit, eine Rückkehr zur 48-Stunden-Woche und eine Woche bezahlte Ferien, wie es die meisten Textilbetriebe in der Schweiz bereits eingeführt hatten. Die Zentralsekretäre der Christlich-Sozialen und des freien Textilarbeiterverbands vertraten die Belegschaft in den Verhandlungen mit der Spinnerei, die im Kontext der sich verschärfenden Textilkrisis allerdings wenig fruchteten. Man könne der Belegschaft nicht entgegenkommen, sogar wenn man wollte, liess die Fabrikleitung im Namen des Wolf-Konzerns verlauten.

Die Sache landete zweimal vor dem kantonalen Einigungsamt. Dieses schlug zunächst vor, die 52-Stunden-Woche sowie den Schichtenbetrieb beizubehalten, die Löhne in der Spinnerei um 10 Prozent zu erhöhen und der Arbeiter:innenschaft drei bis sechs bezahlte Ferientage zu gewähren. Zudem solle der Belegschaft durch die Vorarbeiter:innen eine nach «örtlichen Sitten und Gebräuchen entsprechende Behandlung» zukommen.

In der «früheren Firma» seien ihre Anliegen zumindest noch geprüft worden, während unter der neuen Leitung des Wolf-Konzerns sogleich mit Kündigung gedroht werde, gaben die Gewerkschaftsvertreter zu Protokoll. Mit Ausdrücken wie «Kuhschweizer», «Schweizerkuh» etc. lasse sich die schweizerische Arbeiter:innenschaft nicht begrüßen, liessen sie das Einigungsamt wissen. Obschon die Umgangsformen ein gewichtiges Problem darstellten und vor allem die weibliche Belegschaft davon betroffen war, finden sich weitere Details dazu in den Gewerkschaftsprotokollen kaum oder höchstens vage angedeutet.

Ohnehin war es um die Protokollierdisziplin des Textilarbeiterverbands nicht zum Besten bestellt. Inhaltlich blieben die Schriften oft lückenhaft, und an einigen Versammlungen war das Protokollbuch offenbar gleich ganz in der Schublade geblieben. Schon im ersten Verbandsjahr wurde das Protokoll gerügt, es müsse der Auszug in Zukunft noch ins Reine übertragen werden. Der Aktuar räumte im Protokoll ein, dass sogar er selber es als schmerzlich empfand, dieses so präsentieren zu müssen. 1921 schrieb der Aktuar über sich, dass «leider der Bisherige» wiedergewählt worden sei. Dabei hätte er sich zu gerne des Amtes entledigt und sei ohnehin kein Freund des Schreibens.

Streik gegen den «Graf»

Dass das Einigungsamt 1923 nur einen Drittel der Forderungen der Arbeiter:innenschaft übernahm, habe sie sich selber zuzuschreiben, meinte Jakob Senn, Präsident der Christlich-Sozialen, an der Versammlung Ende September, nachdem er den Einigungsvorschlag verlesen hatte. Diesmal waren nur noch 150 Personen ins «Schäfli» gekommen. Die Arbeiter:innenschaft habe zu spät an die eigene Zukunft gedacht, so Senn. Es war nicht das erste Mal, dass der gewerkschaftliche Zusammenhalt intern bemängelt wurde.

Die Direktoren, namentlich die «Herren Graf und Frey von Bütschwil», machten sich diese Unentschlossenheit zunutze; sie lehnten sämtliche Einigungsvorschläge rundweg ab und begründeten die tiefen Löhne mit dem schlechten Geschäftsgang. Die Gewerkschaften wollten allerdings am Vorschlag des Einigungsamtes festhalten, zumal sich mittlerweile sogar die Öffentlichkeit im Raum Bütschwil – damals eigentlich nicht unbedingt arbeitler:innenfreundlich gesinnt – hinter die Fabrikbelegschaft gestellt hatte.

Man wandte sich nun an Regierungsrat Albert Mächler, dem das Einigungsamt als Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements unterstellt war. Der Freisinnige war für seine Sensibilität in sozialen Fragen bekannt, er hatte den kantonalen Sozialversicherungsfonds

ingerichtet und galt als Vorkämpfer der AHV. Unter Mächlers Einfluss willigte die Firma in eine zweite Einigungsverhandlung ein, machte allerdings nur wenige Konzessionen. Ferien wurden zumindest für 1924 in Aussicht gestellt. Wartezeiten auf Materiallieferungen und «Stuhlstehenlassen» sollten neu mit 50 Prozent des ausgefallenen Lohns entschädigt werden. An den Löhnen änderte sich nichts.

Die Arbeiter:innenschaft beliess es dabei, auch wenn sie es als «eigenartig» erachtete, dass vergleichbare Betriebe des Wolf-Konzerns in anderen Regionen, etwa in St. Georgen oder im aargauischen Windisch, wesentlich höhere Löhne bezahlten. Die Gewerkschaften verbuchten die Verhandlungen 1923 zumindest als «moralischen Sieg». Weitere Lohnverhandlungen der Sengerei-Abteilung vor dem Einigungsamt verliefen 1927 ebenso im Sand.

Wenig später spitzte sich die Situation in Dietfurt und vor allem in Bütschwil zu. Kurz vor Weihnachten 1929, wenige Wochen nachdem die New Yorker Börse crashte, hatte die Firma in der Weberei in Bütschwil die Akkordlöhne um durchschnittlich 30 Prozent gesenkt. Die Christlich-Sozialen waren deswegen ans Einigungsamt gelangt und erzielten auch einige Zugeständnisse seitens der Firmenleitung, die von der Firma allerdings nie umgesetzt wurden. Ende 1930 war es in der Sengerei – nicht zum ersten Mal – zu einer Gasvergiftung gekommen, der beinahe acht Personen zum Opfer gefallen waren.

Die Belange der Arbeiterinnen im Marienheim und ihre offensichtliche Zwangslage kümmerten die Gewerkschaften nicht.

Gleichzeitig drängte die Firmenleitung auf weitere Lohnkürzungen und Rationalisierungsschritte, beispielsweise auf die Einführung des Gruppenentlohnungssystems, womit auch weniger produktive Arbeiter:innen zu Höchstleistungen angetrieben werden sollten.

Am 10. Februar 1931 hörten sich SP-Regierungsrat Valentin Keel und der kantonale Fabrikinspektor im «Löwen» in Bütschwil die Klagen der Arbeiter:innenschaft an. Keel versprach, mögliche Verstösse gegen das Fabrikgesetz zur Anklage zu bringen, Fragen betreffend Lohnabbau, Mehrzuteilungen von Maschinen und zur geplanten Einführung des Gruppensystems seien aber Sache der Verbände.

Die Firmenleitung lehnte direkte Verhandlungen ab, weshalb man sich am 26. Februar erneut vor dem Einigungsamt in St. Gallen traf. Ein Gewerkschafter berichtete, Direktor Graf habe sich dabei äusserst frech aufgeführt und soll, von ihm auf das Fehlverhalten hingewiesen, den Saal verlassen haben. Als er kurz darauf zurückkehrte, habe er zumindest sein spöttisches Lächeln abgestellt. Allerdings verstieg Graf sich dann zur Behauptung, wie gut er es doch mit der Belegschaft meine und wie glücklich er sich schätze, weit und breit die höchsten Löhne auszahlten. Was offensichtlich und auch nach Ansichten des Einigungsamtes nicht stimmte. Die über fünfstündige Verhandlung blieb allerdings ergebnislos. Der Einigungsvorschlag wurde von der Firma teilweise und von der Arbeiter:innenschaft vollständig abgelehnt.

Heimmädchen als Streikbrecherinnen

Am Samstagmorgen des 7. März traten die Weber:innen in Bütschwil in den Streik. Immerhin kehrte das Direktorium so wieder an den Verhandlungstisch zurück, doch beharrte es weiterhin auf seinen Positionen. Eine Woche später, am 15. März, beschloss dann die gesamte Belegschaft, sich dem Streik anzuschliessen – mit Ausnahme der 62 Arbeiterinnen des Marienheims, die der Fabrikleitung direkt unterstellt waren. Dass bald Wut über diesen Streikbruch entbrannte, gibt eine Idee da-

von, wie wenig sich die organisierte Arbeiter:innenschaft um die Zwangslage der Heimmädchen scherte. Die Streikenden wandten sich, so war im «Altoggenburger» zu lesen, an den frisch geweihten St. Galler Bischof Alois Scheiwiler, einen Sozialreformer und Mitbegründer der christlich-sozialen Arbeiterbewegung in der Schweiz, der wiederum veranlasste, dass auch die Arbeiterinnen des Marienheims endlich die Arbeit niederlegten.

So stand nun die gesamte rund 800-köpfige Belegschaft in Dietfurt und Bütschwil im Streik und erfuhr breite öffentliche Zustimmung in der Region. «Abschaffung des Gruppensystems!» und «Schaffung eines Tarifvertrags mit menschenwürdigen Lohnansätzen!» lauteten die Parolen. Der Streik dauerte bis zum 11. April 1931.

Was im Detail ausgehandelt worden war, ist aus den Quellen nicht eindeutig ersichtlich. Offenbar wurde das Gruppensystem wieder abgeschafft und willigte die Fabrikleitung einem festen Lohntarif zu, auch wenn die Löhne insgesamt tief blieben. Wiederum war in den Führungsreihen der Gewerkschaften von einem «grossen moralischen Sieg» die Rede, wenn der Streik nun sofort beendet würde. Denn mit weiteren Zugeständnissen seitens der Firma sei bei fortgeführtem Kampf kaum noch zu rechnen. Allmählich setzte sich die Befürchtung durch, dass die Geschäftsleitung die Produktion etwa nach Rorschach oder Augsburg verlegen könnte.

Damit kehrte in der Spinnerei Dietfurt A.-G. zwar noch kein anhaltender Arbeitsfrieden ein. Jedoch kam es nie mehr zum Streik. Weiterhin wurde hart über Löhne und andere Fragen der Anstellungsbedingungen verhandelt. Die öffentlichkeitswirksame Arbeitsniederlegung schien die Verhandlungsbereitschaft der Firmenleitung aber nachhaltig verbessert zu haben. Mit der Aushandlung eines Gesamtarbeitsvertrag 1948 brechen die Gewerkschaftsprotokolle im Sozialarchiv ab.

Bemerkenswert bleibt doch die Tatsache, dass die Gewerkschaften sich kaum für die Belange der Arbeiterinnen im Marienheim zu interessieren schienen. Offenbar hatte die Solidarität der organisierten Arbeiter:innenschaft enge Grenzen und endete bei der Verbandsmitgliedschaft. Dabei lag es auf der Hand, dass es den zwangsinternierten Mädchen und jungen Frauen nie und nimmer gestattet worden wäre, sich einer der Gewerkschaften anzuschliessen. Möglicherweise galt das in etwas geringerem Mass für die jungen Italienerinnen, die zwar aus wirtschaftlicher Not und aufgrund falscher Versprechungen, aber immerhin aus freien Stücken den Weg nach Dietfurt gefunden hatten.

Mehr zum Thema: saiten.ch/was-wusste-der-kanton-ueber-dietfurt

Quellen:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Protokolle des Textilarbeiterverbands Sektion Lichtensteig-Dietfurt 1919–1948; Akten des Einigungsamts Kanton St. Gallen; diverse Zeitungsberichte zum Streik 1931.

Johann Wellauer und Johannes Müller: *Der Schweizerischen Armenerziehungs-Anstalten zweiter Theil enthaltend: Waisenhäuser, Rettungs- & industrielle Armenerziehungs-Anstalten*. Schaffhausen 1878.

Ageng Winata: *Arbeiterinnenheime im Kanton St. Gallen – Fabrikklöster der Textilindustrie*. Lizentiatsarbeit an der Philosophischen Fakultät, Uni Zürich, Mai 2006.